



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

DEUTSCHE PRESSESCHAU

Berlin, 8. Juni 2010

Bankerboni/ Finanzaufsicht

Das **Europäische Parlament** hat gestern mit überwältigender Mehrheit die weltweit schärfsten Regeln für Banker-Boni beschlossen - und darüber freuten sich **MEPs** aller Parteien. "Es ist höchste Zeit, dass der Bonus-Wahnsinn im Bankenwesen ein Ende findet", meinte **MEP Udo BULLMANN**. "Luxuspensionen für gescheiterte Spitzenbanker sind künftig passé", sagte **MEP Burkhard BALZ**. "Spitzenbanker, die für das Unternehmen schädliche Entscheidungen treffen, können nicht mehr mit einem goldenen Handschlag rechnen", meinte auch **MEP Markus FERBER**. "Den zum Symbol für die Krise gewordenen extravaganten Boni wurde ein Ende gesetzt", sagte **MEP Sven GIEGOLD**. Während das Bonussystem neu reguliert wird, geraten die Verhandlungen über die Finanzmarktaufsicht ins stocken. "Die Mitgliedstaaten der EU sehen nur, dass sie wieder ein Stück Souveränität verlieren könnten. Das ist aber die falsche Sichtweise: Es geht darum, die Finanzaufsicht auf europäischer Ebene zu bündeln und zu stärken", sagte **MEP Wolf KLINZ**.

Handelsblatt, p. 32

Handelsblatt, p. 1

Passauer Neue Presse, p. 7

(also in dpa, from 07/07/2010 Nr. 0284

Osbnabruecker Zeitung, p. 7

Stuttgarter Zeitung, p. 14)

Klonfleisch

Mit überwältigender Mehrheit hat das **Europäische Parlament** gestern gegen das Klonen von Rindern, Schafen und Schweinen für die Lebensmittelproduktion votiert. Damit vertreten die **MEPs** eine andere Haltung als Rat und COM. **MEP Peter LIESE** verlangt von Rat und COM, "dass sie sich endlich bewegen" und bis zum Beginn des neuen Jahres einen Kompromissvorschlag machen.

Frankfurter Rundschau, p. 14

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.

Wulff/ BUZEK

Der neue Bundespräsident Christian WULFF fuhr nach Straßburg zu Jerzy **BUZEK**, dem Präsidenten des **Europäischen Parlaments**. **BUZEK** erklärte, er sei sehr glücklich über den Antrittsbesuch und wünsche dem Bundespräsidenten „eine sehr erfolgreiche Amtszeit“.

Sueddeutsche Zeitung, p.6



DEUTSCHE PRESSESCHAU

EAD

Wenn das **Europäische Parlament** heute wie geplant zustimmt, kann der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) wohl schon zum 1. Dezember die Arbeit aufnehmen. In monatelangen Verhandlungen haben sich Konservative, Sozialisten, Grüne und Liberale im **Europäischen Parlament** bemüht, dem Dienst einen gemeinschaftlich-europäischen Zuschnitt zu geben.

MEP Graf LAMBSDORFF sagt: "Aus deutscher Sicht ist es personell hochgradig unerfreulich gelaufen." **LAMBSDORFF** und **MEP Elmar BROK** betonten, dass die Bundesregierung nicht sehr engagiert gewesen und zu sehr mit der Berliner Koalition beschäftigt sei. **MEP Franziska BRANTNER** sagt: "Wir haben es nicht geschafft, die vom Rat vorgegebenen Strukturen des Dienstes aufzubrechen."

die Tageszeitung, p. 8

Illegal gefälltes Holz

Das **Europäische Parlament** hat einem Kompromiss mit den 27 EU-Regierungen zugestimmt, der den Importeuren harte Auflagen macht. Bis jetzt stammen laut einer WWF-Studie zwischen 16 und 19 Prozent der Holzimporte in die EU aus illegalem Einschlag. Das EU-Verbot, das bis 2012 umgesetzt werden muss, macht ausschließlich jene Unternehmen verantwortlich, die Holz oder damit gefertigte Produkte auf dem Binnenmarkt einführen, schreibt *Stuttgarter Zeitung*.

MEP Jo LEINEN sagt: "Mit Korruption, legale" Papiere zu bekommen sind", er hofft aber auf die Grenzbeamten und diplomatischen Druck vor Ort.

Stuttgarter Zeitung, p. 1

EU-Rettungsschirm

Die Professorengruppe um den Wissenschaftler Joachim Starbatty hat ihre Verfassungsbeschwerde gegen den Euro-Rettungsschirm ausgeweitet. Auch das in Freiburg angesiedelte Centrum für Europäische Politik (CEP) wirft der Regierung vor, die Öffentlichkeit in mehreren Punkten getäuscht zu haben.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, p. 13

Industrieemissionen/ Reduktion

Das **Europäische Parlament** verabschiedete am Mittwoch in Straßburg mit großer Mehrheit strengere Grenzwerte für Industrieabgase. Danach dürfen Industrieunternehmen ab 2016 nur noch eine bestimmte Menge an Stickoxiden, Schwefeldioxid und Staubpartikeln ausstoßen. Gleichzeitig können die Mitgliedstaaten die Laufzeiten für Kraftwerke verlängern.

MEP Holger KRAHMER sagt: "Die Debatte über Großfeuerungsanlagen ist ein europäisches Trauerspiel. Nationale Übergangspläne für über zehn Jahre sind nichts anderes als eine Lizenz für Umweltverschmutzung durch uralte Kohlekraftwerke. Mitgliedstaaten, die die Anforderungen bereits erfüllen, werden für ihr zeitiges Handeln bestraft."



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

DEUTSCHE PRESSESCHAU

dpa, from 07/07/2010 Nr. 0602

Island/ Walfang Island soll nach Ansicht des **Europäischen Parlaments** für einen EU-Beitritt auf den Walfang verzichten. Der Walfang ist in der EU verboten. EU-Diplomaten halten eine Aufnahme 2012 oder 2013 für möglich.

dpa, from 07/07/2010 Nr. 0616

**Ölbohrungen/
Umweltschutz** Die EU will zur Vermeidung von Umweltkatastrophen wie im Golf von Mexiko die europäische Ölindustrie stärker kontrollieren. Alle großen Ölfirmen sollten ihre Sicherheitsmaßnahmen und Notfallpläne an die weltweit höchsten Standards anpassen. Diese Vorschläge stellte EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Mittwoch im **Europäischen Parlament** in Straßburg vor.

dpa, from 07/07/2010 Nr. 0678

SWIFT Die **MEPs** unterstreichen die Bedeutung des **Europäischen Parlaments** im Verhandlungsprozess zum SWIFT-Abkommen. Das Bankdaten-Abkommen SMIFT steht kurz vor der endgültigen Annahme durch das **Europäische Parlament** in der heutigen Abstimmung. Der Rechtsausschuss des **Europäischen Parlaments** billigte am Montagabend in Straßburg mit großer Mehrheit den Vertrag mit den USA. Es gilt als sicher, dass auch das Plenum des **Europäischen Parlaments** am Donnerstag zustimmt.
Im Zusammenhang mit dem Abkommen wird die Datensicherheit kontrovers diskutiert. **MEP Manfred WEBER** kommentierte: "Der Datenschutz ist am Ende nicht zu kurz gekommen. Die 27 Innenminister erwarten von (Kommissarin) Malmström oftmals eine harte Hand. Aber sie hat auch klargemacht, ihre politische Herkunft als Liberale deshalb nicht preiszugeben."

Die WELT, p. 5

Statistic information - number of hits in our European Parliament's search profiles:

Press Review selection:	83
All German Press:	361
All regional Press:	245